



Cross-Asset- und Strategy-Research

Krieg und Migration: Was uns noch erwarten könnte

Ein neuer „Arabischer Frühling“ könnte weitere Flüchtlinge bringen

Neben den Energiepreisen sind seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine auch die Nahrungsmittelpreise gestiegen. Russland und die Ukraine zählen zu den größten [Getreideexporteuren](#) der Welt. Zumindest in der Ukraine dürften die Bauern aktuell kaum zur Aussaat kommen. Zudem ist es schwer, über dort blockierte Hafenanlagen Exporte abzuwickeln. Stattdessen droht der Ukraine selbst in abgelegenen und abgeschnittenen Gebieten Hunger. Die Handelsrestriktionen gegen Russland dürften auch hier zu einer Drosselung der Ausfuhren führen.

Es könnten neue Brotaufstände drohen

Von Nahrungsmittelimporten sind speziell viele Länder im Nahen und im Mittleren Osten sowie in Nordafrika abhängig. Ähnliches gilt für den Sahel. Die Ukraine und Russland sind [wichtige Lieferländer](#) für die Region.

Die Versorgungssituation dürfte sich spürbar verschlechtern. Bereits jetzt wird von [Protesten](#) der Bevölkerung gegen rasante Preissteigerungen berichtet. Die Parallelen zum Arabischen Frühling, der 2010 in Tunesien begann, sind unübersehbar. Stark steigende Preise für Grundnahrungsmittel mobilisierten damals die Massen und stürzten Despoten. Hoffnungen auf demokratischere Gesellschaften wurden freilich oft enttäuscht.

Ein Ausfall der Getreidelieferungen aus der Ukraine und Russland trifft eine ohnehin schon geschwächte regionale Wirtschaft. Die [Weltbank](#) schätzt, dass die in Armut lebende Bevölkerung in der Region 2021 auf 189 Millionen angewachsen ist (Einkommen weniger als 5,50 US-Dollar pro Tag). Steigende Nahrungsmittelpreise und Energiekosten werden die sozialen Risiken weiter akzentuieren. Unruhen und gesellschaftliche Destabilisierung sind nicht auszuschließen.

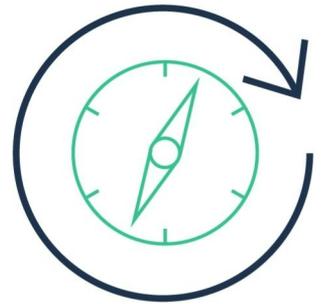


Dr. Moritz Kraemer

Chefvolkswirt und Leiter Research

LBBWResearch@LBBW.de

25. März 2022



Der Weizenpreis ist seit Kriegsausbruch um 20% gestiegen

Flüchtlingsströme aus Nordafrika und Nahost möglich

All dies geht uns nicht nur deshalb etwas an, weil wir vor humanitären Notsituationen niemals die Augen verschließen dürfen. Vielmehr kann Europa auch direkt berührt sein. Konkret könnte die Anzahl der Flüchtlinge aus der Region wieder anschwellen.

Der Bürgerkrieg in Syrien und die Flüchtlingswelle ab 2015 hatten ihre unmittelbare Ursache in einer nach klimabedingten Missernten verschlechterten Versorgungslage. Als sich zu politischer Unterdrückung noch Hunger gesellte, explodierte das syrische Pulverfass. Das könnte sich jetzt anderswo wiederholen.

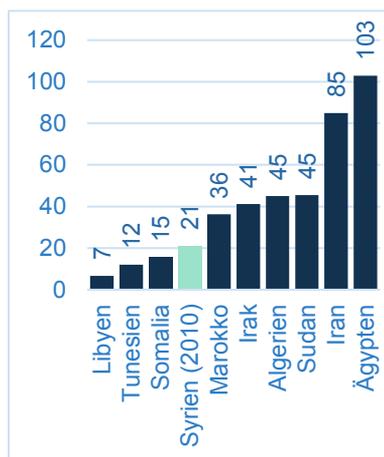
Die nebenstehende Graphik zeigt, dass Syrien eher zu den bevölkerungsarmen Ländern der Region gehört. Wenn in der Region auch nur ein geringer Teil der Bevölkerung eine bessere Zukunft in Europa suchen sollte, könnte der Zustrom 2015 in den Schatten stellen. Die Absorptions- und Integrationsfähigkeit Europas käme rasch an seine politischen Belastungsgrenzen.

Europa sollte den Anrainerstaaten in Nordafrika beistehen

Bei aller gebotenen Konzentration auf die Hilfe für die Ukraine dürfen wir die Zweitrundeneffekte des Krieges nicht übersehen. Wenn die Bevölkerung in Europas südlichen Nachbarländern nicht satt wird, kann dies die Sicherheitslage in der Region unterwandern und massive Migrationsbewegungen auslösen. Unsere eigene politische Stabilität und der wirtschaftliche Ausblick könnten dann in Gefahr geraten.

Europa ist schon aus Eigennutz gut beraten, die Anrainerstaaten beherzt über Finanz- oder Nahrungsmittelhilfen zu unterstützen. Wegschauen ist möglich, könnte uns aber später umso teurer zu stehen kommen.

Bevölkerung in Mio. (2021)



Quelle: IWF

Die Unterstützung der Bevölkerung im Nahen Osten und in Afrika ist auch in unserem eigenen Interesse

Disclaimer:

Diese Publikation richtet sich ausschließlich an Empfänger in der EU, Schweiz und in Liechtenstein.

Diese Publikation wird von der LBBW nicht an Personen in den USA vertrieben und die LBBW beabsichtigt nicht, Personen in den USA anzusprechen.

Aufsichtsbehörden der LBBW: Europäische Zentralbank (EZB), Sonnemannstraße 22, 60314 Frankfurt am Main und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn / Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt.

Diese Publikation beruht auf von uns nicht überprüfbaren, allgemein zugänglichen Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit und Vollständigkeit wir jedoch keine Gewähr übernehmen können. Sie gibt unsere unverbindliche Auffassung über den Markt und die Produkte zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses wieder, ungeachtet etwaiger Eigenbestände in diesen Produkten. Diese Publikation ersetzt nicht die persönliche Beratung. Sie dient nur Informationszwecken und gilt nicht als Angebot oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf. Für weitere zeitnähere Informationen über konkrete Anlagemöglichkeiten und zum Zwecke einer individuellen Anlageberatung wenden Sie sich bitte an Ihren Anlageberater.

Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Wir behalten uns des Weiteren vor, ohne weitere Vorankündigung Aktualisierungen dieser Information nicht vorzunehmen oder völlig einzustellen.

Die in dieser Ausarbeitung abgebildeten oder beschriebenen früheren Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen stellen keinen verlässlichen Indikator für die künftige Wertentwicklung dar.

Die Entgegennahme von Research Dienstleistungen durch ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen kann aufsichtsrechtlich als Zuwendung qualifiziert werden. In diesen Fällen geht die LBBW davon aus, dass die Zuwendung dazu bestimmt ist, die Qualität der jeweiligen Dienstleistung für den Kunden des Zuwendungsempfängers zu verbessern.